Südschleswigscher Wählerverband

Pressemitteilung
Schleswig-Flensburg, 13.10.2025

Tragischer Unfall auf der A7 muss Konsequenzen haben

SSW-Kreistagsfraktion Schleswig-Flensburg fordert klare Regeln für Demonstrationen auf Autobahnbrücken

Nach dem tragischen Unfall am Abend des 10. Oktober 2025 auf der A7 bei Bollingstedt, der sehr wahrscheinlich mit einer Demonstration auf einer Autobahnbrücke in Verbindung stand, fordert die SSW-Kreistagsfraktion Schleswig-Flensburg eine Neubewertung solcher Aktionen durch die zuständigen Behörden.

Bereits im Herbst 2024 kam es auf der A23 zu einem Auffahrunfall mit acht beteiligten Fahrzeugen. Für die Fraktionsvorsitzende des SSW, Heide Brodda, ist klar:

„Demonstrationsfreiheit ist ein hohes Gut. Aber sie darf nicht dort ausgelebt werden, wo Menschenleben gefährdet werden. Wer auf einer Autobahnbrücke steht, womöglich mit Transparenten oder Lichtern, löst bei vielen Fahrerinnen und Fahrern instinktiv eine Schreckreaktion aus. Auch ich selbst bremse reflexartig, wenn ich nachts jemanden auf einer hell erleuchteten Brücke sehe. Das ist menschlich – und potenziell lebensgefährlich."

Die SSW-Fraktion wirft die Frage auf, unter welchen Voraussetzungen Demonstrationen an solchen Orten überhaupt stattfinden dürfen.

Nach Auskunft der Behörde war die Demonstration vom 10. Oktober angemeldet und findet schon seit rund einem Jahr jeden Freitag statt. Eine Demonstration wird nur angemeldet und ist nicht genehmigungspflichtig.

„Wir sind der Meinung: Eine Brücke über eine Autobahn ist kein sicherer Demonstrationsort. Dort fahren Autos mit 120 km/h und mehr. Jede Ablenkung, jeder Lichtblitz, jedes Transparent kann zu einem Unfall führen. Das kann niemand verantworten", so Heide Brodda.

Die SSW-Kreistagsfraktion fordert, dass Land und Kommunen gemeinsam mit Polizei und Versammlungsbehörden verbindliche Kriterien erarbeiten, die solche Orte künftig ausschließen. „Protest darf und soll sichtbar sein, aber nicht auf Kosten der Sicherheit. Wer für eine Sache eintritt, sollte nicht riskieren, dass Unbeteiligte dabei verletzt oder getötet werden", heißt es abschließend aus der Fraktion.